

vorwärtsEXTRA



STARK IM GANZEN LAND

In allen elf Bundestagswahlkreisen Schleswig-Holsteins tritt die SPD mit profilierten Kandidatinnen und Kandidaten an. Hier stellen sie sich vor. Die Landesliste wird im Rahmen des Landesparteitags am 22. März in Elmshorn aufgestellt.

Wahlkreis 2
Nordfriesland – Dithmarschen Nord



HANNO FECKE
„Alles, was man mit Leidenschaft betreibt, wird erfolgreich sein!“, ist Hanno Fekkes Lebensmotto. Als erfolgreicher Geschäftsführer der Messe Husum, Veranstalter der weltgrößten Windenergiemesse, hat er diese Aussage bewiesen. Seit 28 Jahren ist er in der SPD und wird seine wirtschaftspolitische Kompetenz einbringen.

Wahlkreis 3
Steinburg – Dithmarschen Süd:
JÖRN THIESSEN
Jörn Thießen gehört dem Bundestag seit 2005 an. Der 47 Jahre alte Pastor arbeitet verstärkt in der Verkehrspolitik, die für Schleswig-Holstein eine immer wichtigere Rolle spielt. Für den Vater von drei Kindern spielen insbesondere die Zukunfts-Chancen der Menschen eine Rolle: genügend Arbeit und Ausbildungsplätze, von guter Arbeit gut leben zu können.



Wahlkreis 7
Pinneberg
DR. ERNST DIETER ROSSMANN
Die Bildungs- und die Politik für Schleswig-Holstein sind Arbeitsschwerpunkte von Ernst Dieter Rossmann. „Die SPD steht für das Grundrecht der Menschen auf gute Bildung“, so der Diplom-Psychologe und Vorsitzende des Deutschen Volkshochschulverbandes. Er ist Mitglied im Fraktionsvorstand, Sprecher der Landesgruppe und der Fraktionslinken.



Wahlkreis 1
Flensburg – Schleswig-Flensburg
DR. WOLFGANG WODARG
Wolfgang Wodarg tritt im Gesundheits- und im Entwicklungsausschuss sowie im Europarat für Menschenrechte ein: „Privatisierung in Bereichen der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Sicherheit,



Infrastruktur oder Bildung trifft zuerst die Schwachen. Deshalb kämpfe ich für Solidarität und Demokratie.“

www.wodarg.de

Wahlkreis 4
Rendsburg-Eckernförde
SÖNKE RIX
Mit 33 Jahren ist Sönke Rix der jüngste Wahlkreisbewerber. Der gelernte Erzieher ist seit 2005 im Bundestag. Im Familienausschuss hat er sich erfolgreich für den Krippenplatzausbau und das Elterngeld eingesetzt. Sönke Rix ist Berichterstatter für das Bürgerschaftliche Engagement, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Bekämpfung des Rechtsextremismus und für den Zivildienst.



Wahlkreis 5: Kiel
DR. HANS-PETER BARTELS
Hans-Peter Bartels (47) gehört dem Bundestag seit 1998 an und ist Mitglied im Verteidigungsausschuss. Der Politikwissenschaftler hat als Autor und Mitherausgeber der Zeitschrift „Berliner Republik“ auch publizistische Akzente gesetzt. „Die Ökonomie ist nicht der Maßstab für jeden anderen Bereich der Gesellschaft. Sonst könnten wir die Demokratie vergessen“, so sein Credo.



Wahlkreis 6: Plön-Neumünster
DR. BIRGIT MALECHA-NISSEN
Birgit Malecha-Nissen (50) bewirbt sich zum ersten Mal um ein Bundestagsmandat. Die promovierte Geologin engagiert sich seit vielen Jahren beruflich und politisch für nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz. Auf Bundesebene will sie sich daher für die verstärkte Förderung regenerativer Energien einsetzen: „Wir müssen jetzt die Energiewende schaffen!“



Wahlkreis 9
Ostholstein
BETTINA HAGEDORN
„Mein Schwerpunkt ist die Nachhaltigkeit – das gilt für Klimaschutz und Energiepolitik mit dem klaren Bekenntnis zum Atomausstieg und zu erneuerbaren Energien. Das gilt aber auch für meine Arbeit im Haushaltsausschuss seit 2002 in Berlin, wo ich die Notwendigkeit eines handlungsfähigen, finanzstarken Staates stets im Blick habe“, sagt Bettina Hagedorn (53).



Wahlkreis 10: Herzogtum Lauenburg – Stormarn Süd
GESA TRALAU
Gemeinderatsmitglied, Mitglied im Kreisvorstand, im SPD-Landesvorstand zuständig für Familienpolitik, Sprecherin des „Forum Familie“. Familie und die soziale und finanzielle Absicherung aller sind Themen der Zukunft. „Ich setze mich ein für soziale Gerechtigkeit. Die Kinderarmut zu bekämpfen ist mein vorrangiges Ziel“, so Gesa Tralau (39).



Wahlkreis 11: Lübeck
GABRIELE HILLER-OHM
Gabriele Hiller-Ohm ist seit 2002 Abgeordnete im Bundestag. Im Ausschuss für Arbeit und Soziales setzt sich die Lübeckerin für soziale Gerechtigkeit und gute Beschäftigung ein: „Gegen Armut und Lohndumping stellen wir gute Arbeit und Mindestlöhne! Gleiche Chancen für Kinder, Frauen und Menschen mit Behinderungen müssen umgesetzt werden!“



FRANK-WALTER STEINMEIER

»FRISCHER WIND FÜR KIEL«

11. MÄRZ, 13 UHR, MIT
TORSTEN ALBIG
OB-KANDIDAT FÜR KIEL
RALF STEGNER
SPD-LANDESVORSITZENDER

LEGIENHOF, KIEL

Anmeldung erbeten: info@spd-sh.de
Fax: 04 31/9 06 06-21, Tel.: 04 31/9 06 06-20



MIT KLAREN ZIELE FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Programmkommission bereitet das Landtagswahlprogramm vor.

Für Arbeit, Umwelt und Demokratie – mit diesen Schwerpunkten in ihrem Wahlprogramm 1987/1988 setzte die SPD in Schleswig-Holstein seinerzeit den Rahmen für den „Aufbruch im Norden“. Bei den Landtagswahlen im Mai 2010, sechs erfolgreiche Legislaturperioden später, wollen wir in Schleswig-Holstein an diesen ebenso nachhaltigen wie schon legendären Aufbruch anknüpfen.

Es geht um das nächste Jahrzehnt. Die SPD in Schleswig-Holstein hat die Ideen und den Willen, auch diese Zeit als führende Regierungskraft zu gestalten. Wer Wahlen gewinnen will, muss für die Menschen profilierte Zukunftsvorstellungen entwickeln. Er muss sie klar und verständlich darlegen. Der Landesvorstand der SPD unter der Leitung von Ralf Stegner als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Mai 2010 hat deshalb fünf

Schwerpunkte für das Wahlprogramm beschlossen:

- Aufstieg durch Bildung.
- Gute Arbeit, starke Wirtschaft.
- Moderne Politik für Familien, Kinder und Jugendliche.
- Zukunftsfähige Energie-, Klima- und Umweltpolitik.
- Gut leben in Schleswig-Holstein.

In der Präambel zu einem möglichst kurzen, zugespitzten und anschaulichen Programm sollen dann die verbindenden „roten Fäden“ zu unseren Grundauffassungen von sozialer Gerechtigkeit, von Zukunftsfähigkeit und von handlungsfähigem Staat deutlich gemacht werden.

Die Programmkommission des Landesverbandes hat ihre Arbeit für das Regierungsprogramm 2010 aufgenommen. Entsprechend der Schwerpunkte hat der Landesvorstand fünf Arbeitsgruppen von jeweils zehn sachkundigen Mitgliedern

aus Landtagsfraktion, Kabinett, Landesvorstand, Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaften sowie befreundeten Organisationen berufen. Deren Leitungen sind zusammen mit dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner, dem Landesparteiratsvorsitzenden Andreas Beran und Ernst Dieter Rossmann als Vorsitzendem die eigentliche achtköpfige Programm-Kommission.

Sie wird nach der Sommerpause einen Entwurf vorlegen. Unmittelbar nach der Bundestagswahl wird der Text an die Parteigliederungen verschickt. So bleibt genug Zeit für die Beratung an der Basis vor dem Landesparteitag am 20. und 21. November.

Klaren Kopf für guten Kampf – so lautet die Devise im Wahljahr 2009. Und bis zum 27. September wollen wir alles tun, damit Frank Steinmeier Bundeskanzler wird und die SPD die nächste Bundesregierung führt. Danach aber heißt es: Alle Kräfte auf Schleswig-Holstein konzentrieren. ■

OBERBÜRGERMEISTERWAHL IN KIEL: WEITERE TERMINE

- 4. März 2009, 16 Uhr Podiumsdiskussion der OB-Kandidaten Kiel auf Einladung ver.di. Kieler Schloss.
- 4. März 2009, 20 Uhr Rot-Grüne Veranstaltung mit Torsten Albig, Willi Voigt und Prof. Olav Hohmeyer zum Klimaschutz. Legienhof.
- 5. März 2009, 18 Uhr Podiumsdiskussion der OB-Kandidaten auf Einladung der Wohlfahrtsverbände Kiel. Nikolaikirche, Alter Markt
- 6. März 2009, 14 bis 18 Uhr Aktionstag im CITTI-Park mit Torsten Albig, Ralf Stegner und Peer Steinbrück
- 13. März 2009, 14 bis 18 Uhr Aktionstag im CITTI-Park mit Torsten Albig
- 15. März, 18 Uhr OB-Wahlabend im Kieler Rathaus.

GLEICHSTELLUNG UND FREIHEITSRECHTE

Juso-Landesvorsitzende Anne-Christin Heinrich formuliert ihre Erwartungen an das Bundestags-Wahlprogramm.

Was erwarte ich vom Bundestagswahlprogramm? Da stellt sich zunächst die Frage: Sollen es realistische Erwartungen sein? Oder soll es das sein, was ich mir tatsächlich wünsche. Ich werde hier letzteres formulieren, denn auch wenn wir Jusos Politik im Hier und Jetzt gestalten wollen, langfristiges Denken muss erlaubt sein.

Inhaltlich sehe ich verschiedene Themenfelder, die ich auf Bundesebene angestoßen haben möchte:

■ Rückkehr zu einer menschengerechteren Asylpolitik: Wir haben uns in den 90ern

von der CDU treiben lassen und das Asylrecht unnötig verschärft. Bestandteile wie die „Sichere-Drittstaaten-Regelung“ gehören abgeschafft!



Anne-Christin Heinrich: Langfristiges Denken gefordert.

■ Die SPD bekennt sich zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Kinder sind kein notwendiges Übel, sie sind das Glück ihrer Eltern, förderungswürdige Individuen und, kapitalistischer ausgedrückt, die Zukunft unserer Gesellschaft.

■ Gleichstellung! Eingetragene Lebenspartnerschaften bekommen die gleichen Rechte wie Ehen. Die Geschlechter werden auf allen Ebenen gleichberechtigt behandelt. Wo das nicht von allein geht, müssen Gleichstellungsgesetze her. Das Ehegattensplitting soll es nicht mehr geben!

■ Freiheitsrechte vor „Sicherheits“-wahn! Seit September 2001 mussten die Bürgerinnen und Bürger viele Einschränkungen hinnehmen. Die SPD wird sich diesem Trend endlich entgegenstellen!

■ Klares Bekenntnis zu regenerativen Energien!

■ Im Bereich des Sozialrechts erwarte ich kein Zukreuzen-Kriechen, aber ich erwarte einen selbstbewussten Umgang mit eigenen Fehlern, und zwar indem diese rückgängig gemacht werden. Kindergeld nicht mehr als Einkommen anrechnen beim ALG II, bessere Regelungen für unter 25-Jährige, das sind nur zwei der dringlichsten Probleme! ■

INVESTITIONEN FÜR BILDUNGS-RENDITEN

Liebe Genossinnen und Genossen, die Föderalismuskommission hat auf Drängen der CSU und einiger CDU-geführten Bundesländer eine Null-Komma-Null-Schuldenbremse für die Länder ab dem Jahr 2020 beschlossen. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die dies begrüßen. Abgesehen von verfassungsrechtlichen Bedenken (hier wird in das Budgetrecht der Länderparlamente durch den Bund eingegriffen) hat das sowohl volkswirtschaftliche Gründe, als auch den Grund, dass ich mich in der Verantwortung sehe, langfristig Schaden von Schleswig-Holstein abzuwenden.

Das Ziel, die Schulden des Staates zu reduzieren und die Zinslast zu verringern, um so mehr politischen Gestaltungsspielraum zurück zu gewinnen, ist richtig. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass sorgsam und weitsichtig mit den Steuergeldern umgegangen wird.

Der Schuldenstand in Deutschland ist zwar enorm, liegt aber mit

65 Prozent rund 15 Prozent unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. In Anbetracht der Sonderlasten durch die Deutsche Einheit ist die Staatsverschuldung in Deutschland im internationalen Vergleich durchaus vertretbar. Die prekäre Lage entstand im letzten Jahrzehnt im Übrigen insbesondere durch Steuersenkungen, die das Staatsdefizit in die Höhe getrieben haben. Man sollte also eher eine Bremse für Steuersenkungen im Grundgesetz verankern – das wäre deutlich effektiver.

Die sogenannte Schuldenbremse sorgt für deutlich geringere öffentliche Investitionen. Bei Investitionen des Staates gilt das gleiche wie bei Investitionen von Unternehmen: Ist die Rendite höher als die Zinsen der Schulden, so lohnt sich die Investition. Investitionen in Bildung werfen – gesamtgesellschaftlich und monetär – höchste „Renditen“ ab, umgerechnet bis zu zehn Prozent. Doch in Bildung investieren wir noch viel zu wenig. Würden wir mehr in Bildung

investieren, könnten wir auch die sozialen Folgekosten mangelnder Bildungsgerechtigkeit deutlich reduzieren. Kreditfinanzierte Investitionen in Bildung sind also nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung.

Wir erleben derzeit, wie schnell und unberechenbar sich wirtschaftliche Rahmenbedingungen verschieben können und wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Der Beschluss zur Nullverschuldung ab dem Jahr 2020 hätte aber bereits in kürzester Zeit negative Auswirkungen auf die politische Handlungsfähigkeit unseres Landes. Denn mit den vereinbarten, nicht ansatzweise ausreichenden Zinshilfen wird das Land nicht in die Lage versetzt, eine Entschuldung zu leisten, ohne dabei auf massive Einsparungen im Bereich der Bildung, des Sozialen und der Gesundheit, der Inneren Sicherheit und der Verkehrs- und Hochschulinfrastruktur zu setzen.

Die Beitragsfreiheit des Kindergartens, ausreichend Lehrerinnen

und Lehrer, ein gebührenfreies Studium,

eine handlungsfähige und besser ausgestattete Polizei, eine modernere Infrastruktur oder eine gerechte Sozialpolitik würden aber nicht realisierbar sein, wenn sich das Land allein dem Ziel des Erreichens der Nullmarke in 2020 verpflichtet. Eine solche Politik käme einem Verarmungsprogramm für unser Bundesland gleich!

Andere, reichere Länder werden ganz andere Spielräume haben und sie nutzen. Die Entsolidarisierung zwischen den Bundesländern nähme zu, die Lebensverhältnisse in den Ländern wären nicht mehr vergleichbar. Ein solches politisches Projekt kann und will ich als Schleswig-Holsteiner und Sozialdemokrat nicht mittragen.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender



FOTO: OLAF BATHKE

TERMINE

- 4. März, 19 Uhr
Olof-Palme-Friedenspreis, SPD-Stormarn. Reinbeker Schloss.
- 5. März, 19 Uhr
„Stegner trifft...“ Stephan Richter, sh:z-Verlag, Moderation Prof. Uwe Danker. Flensburg, Bürgerforenigen.

SEMINARE

SEMINAR FÜR NEUE MITGLIEDER

in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente. Inhalte: Einführung in die Geschichte der SPD, Programme, Partei- und Organisationsstrukturen, Einblicke in die Kommunalpolitik.

■ 26. bis 28. Juni 2009
Beginn Freitag 18 Uhr, Ende Sonntag 13 Uhr, Kostenbeitrag: 35 Euro, Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte.

ACHTUNG: ES GIBT NOCH RESTPLÄTZE!

KOMMUNAL AKADEMIE SCHLESWIG-HOLSTEIN 2009

Ein Qualifizierungsangebot für kommunalpolitischen Nachwuchs. Das Trainingskonzept basiert auf drei Bausteinen: Sachkompetenz, Methoden- und Prozesskompetenz, „Kamingespräch“ mit Parteiprominenz.

13. bis 15. März 2009

8. bis 10. Mai 2009

10. bis 12. Juli 2009

30. Oktober bis 1. November 2009
Vier Wochenenden, Beginn jeweils Freitagabend 18 Uhr, Ende Sonntagmittag 13 Uhr. Kostenbeitrag: 140 Euro (Schüler, Studenten, Arbeitslose die Hälfte)

NACHFOLGESEMINAR FÜR ABSOLVENTEN/INNEN DER KOMMUNAL AKADEMIE SCHLESWIG-HOLSTEIN

15. bis 17. Mai 2009
Kostenbeitrag: 35 Euro

REVISOR(INN)EN-TRAINING

Rechtlicher Rahmen und Aufgaben laut Finanzordnung, einfache Prüftechniken, Beschlusskontrolle, Kontrolle der Wirtschaftspläne, Prüf-Checklisten.

13. März 18 – 21 Uhr

Kiek In!, Neumünster

Anmeldung bis 6. März

GRUNDLAGENSCHULUNG FÜR KASSIERER(INNEN)

Aufgaben nach PartG, Finanzordnung, EStG und AO, Kassembuchführung, Quittierung von Zuwendungen, Erstellung Rechenschaftsbericht.

25. April 2009, 9.30 bis 11.30 Uhr

KASSIERER(INNEN)TRAINING SPD-KASSE

Buchführung am PC mit dem Programm SPD-Kasse.

25. April 2009, 12 bis 16 Uhr

Kiek In!, Neumünster

Anmeldung bis 17. April 2009

ANMELDUNG: Elfriede Marx
elfriede.marx@spd.de

Tel. 04 31/9 06 06-26

Fax: 04 31/9 06 06-41

EUROPADORF ZUM LANDESPARTEITAG

Die Europäische Union wächst zusammen, aber ist Europa deshalb gleich ein Dorf? Auf dem ordentlichen Landesparteitag der schleswig-holsteinischen



Europa-Abgeordnete Ulrike Rodust informiert auf dem Landesparteitag.

SPD am 21. und 22. März in Elmshorn schon.

Institutionen und Verbände wie die Europa Union, das Enterprise Europe Network der Investitionsbank Schleswig-Holstein, das Europäische Verbraucherzentrum und der Euro Desk des Ostseejugendbüros stellen Gästen und Delegierten innerhalb eines Europadorfs ihre Arbeit vor.

Ebenfalls vertreten: Das Kieler Europabüro von Ulrike Rodust. Die schleswig-holsteinische Europa-Abgeordnete und ihre Mitarbeiterinnen informieren über die parlamentarische Arbeit und Aktivitäten im Vorfeld der Europawahl am 7. Juni 2009. ■

FÜR DAS SOZIALE EUROPA

Auf der ersten „europa-akzente“-Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion stand das Thema „soziales Europa“ im Mittelpunkt. Nach der Einführung von Rolf Fischer, MdL und dem Impulsreferat von Europaminister Uwe Döring diskutierten unter Leitung von Wolfgang Baasch, MdL, DGB-Chef Peter Deuschland und unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl Ulrike Rodust über Perspektiven für ein gerechtes, demokratisches und soziales Europa. Bis zur Europawahl wird es noch drei weitere „akzente“-Veranstaltungen geben. ■

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG UND LANDESWAHLKONFERENZ ZUR BUNDESTAGSWAHL Elmshorn, Sportlife-Hotel

21. März 2009, 10 Uhr

- Ralf Stegner: Rede des SPD-Landesvorsitzenden
- Generaldebatte
- Wahl des Landesvorstandes
- Satzungsändernde Anträge

22. März 2009, 9 Uhr

- Antragsberatung
- Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2009
- Franz Müntefering: Rede des SPD-Parteivorsitzenden
- Weitere Wahlen

WIR GRATULIEREN IM MÄRZ

ZUM 104. GEBURTSTAG:

Willy Richter, Appen

ZUM 96. GEBURTSTAG:

Vera Sauerwein, Ratzeburg

Gisela Adler, Flensburg

ZUM 95. GEBURTSTAG:

Helmut Kreul, Husum

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Anni Knees, Ascheberg

Hildegard Andres, Taarstedt

Maria Kroops, Preetz

Otto Koderisch, Schleswig

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Hans-Otto Köhler, Lübeck

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Frieda Freuer, Bordesholm

Else Döhring, Itzehoe

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Lucia Otto, Kiel

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Wilma Bunge, Brande-Hörnerkirchen

Martha Genth, Brunsbüttel

Heinz Tabel, Stockelsdorf

PERSONALIEN

Der ordentliche Kreisparteitag des Kreisverbands Dithmarschen am 7. Februar in Albersdorf hat Angelika Hansen-Siebels als Kreisvorsitzende im Amt bestätigt. Ihre Stellvertreter sind Manfred Will und Norbert Zimmermann. ■

AFA FORDERT GESETZLICHE REGELN FÜR LEIHARBEIT

Der Kieler IG Metall Chef Wolfgang Mädler bleibt Landesvorsitzender der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD“ (Afa). Die Delegierten der Landeskonferenz am 31. Januar in Rendsburg bestätigten den 58-Jährigen im Amt.

Die Konferenz sprach sich für die Beibehaltung von Postfilialen aus und forderte eine bessere Versorgung mit Dienstleistungen im ländlichen Raum. Die gesetzlichen Regelungen für die Leiharbeit sollen verändert werden, um dem Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Leistung“ zur Realität zu verhelfen.

DER AFA-LANDESVORSTAND

Landesvorsitzender:

Wolfgang Mädler

Stellv. Landesvorsitzende:

Kirsten Jöhnck, Nils Bolwig

Geschäftsführer:

Helmut Ulbrand

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Anneliese Marxen, Ralf

Wrobel, Dagmar Wilhelmy-

Helmut, Bernd Losch, Volker

Kraus, Karsten Wessels und

Uwe Teut. ■



Afa-Landesvorsitzender Wolfgang Mädler (rechts) konnte Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner und Landesvorsitzenden Ralf Stegner auf der Landeskonferenz begrüßen.

Erneut sprach sich die Afa gegen eine weitere Privatisierung der Deutschen Bundesbahn aus und forderte stattdessen eine mit den Beschäftigten und deren Gewerkschaften abzustimmende Bahnreform ein. Zum Mindestlohn, zur Hartz IV-Sozialgesetzgebung und zur Korrektur der Rente mit 67 will die Afa erneute Initiativen starten.

Andreas Breitner, stellvertretender Landesvorsitzender der SPD und Bürgermeister in Rendsburg forderte in seiner Rede die Delegierten auf, in

den Kommunen und Städten die Umsetzung des Konjunkturpaketes einzufordern. Schulen und andere öffentliche Einrichtungen könnten mit dem Geld zukunftstauglich gemacht werden. Das örtliche Handwerk erhalte Beschäftigungsperspektiven.

SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner der SPD hob in seinem Grußwort die Bedeutung der Afa für die SPD hervor. „Wer, wenn nicht ihr, könnte die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer formulieren und in die Partei einbringen.“ ■

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de